

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5606

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5606](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5606)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



## Wer die Schweiz liebt, sagt JA zur Nachhaltigkeits-Initiative!

**Die Schweiz hat Ende 2025 rund 9.1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Die ständige Wohnbevölkerung hat innerhalb von 12 Jahren um 1 Million Menschen zugenommen. Diese masslose Zuwanderung muss gebremst werden. Dafür braucht es am 14. Juni ein JA zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Die IG Nachhaltigkeit präsentiert ihre Argumente für die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»**

Für 100'000 Zuwanderer in die Schweiz braucht es zusätzlich 45'000 Wohnungen. Es braucht ein zusätzliches Spital mit 420 Betten, rund 468 Ärzten und über 2'000 Pflegende. Es braucht neue Schulhäuser, hunderte Schulklassen und Lehrpersonen. 100'000 zusätzliche Einwohner brauchen unsere Strassen, unsere Züge, Busse, Freizeitanlagen. Die Zuwanderung sorgt für noch mehr Zuwanderung. Diese schädliche Endlos-Spirale muss gestoppt werden.

Natürlich gibt es ein paar Profiteure dieser masslosen Zuwanderung. Aber der grosse Teil der Schweizer Bevölkerung hat nichts davon – ausser den Problemen und den Kosten. Das Leben wird teurer, die Löhne steigen kaum noch, das Wirtschaftswachstum pro Kopf stagniert. So nimmt der Wohlstand schleichend ab. So darf es nicht weitergehen

Nationalrat **Marcel Dettling** fasst zusammen, warum es die Volks-Initiative braucht: «Wir wollen eine lebenswerte Schweiz. Wir wollen, dass auch nachfolgende Generationen in Wohlstand, Frieden und in einer schönen Landschaft leben können. Dass jedes Jahr 100'000 Personen mehr einwandern, das überfordert unsere Infrastrukturen, unsere Integrationsfähigkeit, unsere Gesellschaft als Ganzes. Es geht um eine vernünftige Zuwanderung. **Auch mit Annahme der Initiative könnten immer noch rund 40'000 Fachkräfte und Personen pro Jahr in die Schweiz zuwandern.** Das ist deutlich mehr als die 8'000 Zuwanderer, die uns der Bundesrat vor der EU-Personenfreizügigkeit versprochen hat.»

### **Zuwanderung sorgt für noch mehr Zuwanderung**

**Thomas Matter**, Nationalrat (ZH): «Uns ist die Kontrolle über die Zuwanderung entglitten. Die Zahlen und Fakten sprechen eine eindeutige Sprache:

- Seit Einführung der EU-Personenfreizügigkeit sind netto 1,5 Millionen Zuwanderer in die Schweiz gekommen.
- Die Schweizer Bevölkerung wächst 16x schneller als in Deutschland.
- Der Ausländeranteil beträgt heute 2'414'408 Personen. Das sind 28 % der Bevölkerung. Zusätzlich wurde seit 2002 über 1 Million Ausländer eingebürgert.
- Aktuell kommen pro Jahr über 100'000 Zuwanderer zusätzlich in die Schweiz: aus der EU, aus Drittstaaten und über die Asyl-Schiene.
- Seit dem Jahr 2000 wurden in der Schweiz **über 655'000 Asylgesuche** gestellt. Über die Asyl-Schiene kommen mehrheitlich junge muslimische Männer aus der ganzen Welt zu uns.
- Pro Sekunde verschwindet rund ein Quadratmeter Grünfläche. Unsere schöne Schweiz wird zubetoniert.



## **Unkontrollierte Zuwanderung sorgt für mehr Kriminalität**

**Céline Amaudruz**, Nationalrätin (GE): «Insbesondere Frauen, Städte und Grenzkan-  
tone sind vom Sicherheitsverlust betroffen. Die Gewalt nimmt zu und bestimmte For-  
men der Kriminalität, wie Körperverletzungen und sexuelle Übergriffe. Ein Genfer Poli-  
zist erzählt mir: „Mindestens 8 von 10 Tätern stammen nicht von hier. Sie kommen aus  
Nordafrika oder dem Nahen Osten. Aber pssst!“ Alle Untersuchungen und Statistiken  
zeigen: Ausländer und auch eingebürgerte Schweizer sind massiv überrepräsentiert bei  
den Gewalttaten und in den Gefängnissen. Hören wir auf, uns etwas vorzumachen: Die  
Schweiz hat aufgrund ihrer Einwanderung und ihrer Einbürgerungspolitik ein sehr gros-  
ses Sicherheitsproblem!»

## **Der Alltag wird zur Zumutung**

**Sandra Sollberger**, Nationalrätin und Unternehmerin (BL): «Die masslose Zuwande-  
rung belastet unseren Alltag ganz direkt – jeden Tag, überall im Land. Auf dem Arbeits-  
weg, beim Einkaufen, beim Familienausflug: **Unsere Strassen sind verstopft, unsere  
Züge überfüllt.** Gerade wir Gewerbler wissen, was das bedeutet. Wir stehen im Stau,  
anstatt beim Kunden zu arbeiten. 2024 wurde auf den Schweizer Nationalstrassen mit  
rund **55'569 Stautunden** ein neuer Rekord erreicht. Das kostet die Schweiz Jahr für  
Jahr Milliarden. Und auch für Pendler wird der Alltag zur Zumutung: Entweder man steht  
in überfüllten Zügen, oder man bezahlt für ein 1.-Klasse-Billet, was sich viele gar nicht  
leisten können.»

## **EU-Personenfreizügigkeit drückt die Löhne und verdrängt junge Arbeitskräfte**

**Marco Chiesa**, Ständerat (TI): «Im Tessin sind die Löhne dauerhaft nach unten ge-  
drückt worden. Wenn Unternehmen mit der Personenfreizügigkeit auf ein riesiges, ex-  
ternes, günstiges Arbeitskräftepotenzial zugreifen können, verliert der einheimische Ar-  
beitnehmer an Verhandlungsmacht – insbesondere der Mittelstand. Und wenn er Ver-  
handlungsmacht verliert, verliert er Lohn. In diesem Umfeld sind die jungen Tessiner  
am stärksten betroffen. Gemäss ILO-Statistik sind **rund 13 % der jungen Tessine-  
rinnen und Tessiner auf Stellensuche.** Sie wären unsere Fachkräfte von morgen,  
die heute von billigen Arbeitskräften aus dem Ausland verdrängt werden. Für viele junge  
Menschen ist das Gefühl bitter: Man lernt, man engagiert sich, man qualifiziert sich –  
und stellt dann fest, dass der eigene Kanton weniger Perspektiven bietet als noch für  
die Generation davor.»

Die grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung spürt die negativen Folgen dieser mas-  
slosen Zuwanderung. Und zwar ganz konkret: im Alltag und im Portemonnaie. **Die Le-  
bensqualität sinkt, aber das Leben wird teurer.** So kann es nicht weitergehen.

Diese masslose Zuwanderung muss gebremst werden. Dafür braucht es am 14. Juni ein  
JA zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».

Bern, 24. März 2026

## Wir wollen eine lebenswerte Schweiz!

*von Marcel Dettling, Nationalrat, Oberiberg (SZ)*

Wohnungsnot, überfüllte Züge, verstopfte Strassen, pro Sekunde verschwindet ein Quadratmeter Grünfläche. Die Schulen sind am Anschlag. Die importierte Kriminalität erreicht Höchstwerte.

Ich erzähle Ihnen nichts Neues. Sie erleben es auch. Wir alle sind betroffen. Die grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung hat nichts von dieser masslosen Zuwanderung – die grosse Mehrheit spürt die negativen Folgen. Und zwar ganz konkret: im Alltag und im Portemonnaie. **Die Lebensqualität sinkt, aber das Leben wird teurer.**

So kann es nicht weitergehen.

Und weil die abgehobenen Politiker in Bundesbern nichts gegen die unkontrollierte Zuwanderung unternehmen wollen, braucht es die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».

### **Am 14. Juni entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung.**

Wir starten heute die Kampagne für eine nachhaltige, lebenswerte Schweiz. Damit auch künftige Generationen in Wohlstand, Frieden und in einer schönen Landschaft leben können.

- Es werden jährlich 100'000 Personen in die Schweiz gestopft. **Trotzdem wird über «Fachkräfte-Mangel» gejammert.**
- Es kommen jährlich 25'000 bis 30'000 Asyl-Migranten in die Schweiz. Sie nisten sich in unserem Sozialstaat ein. **Und damit soll unsere AHV gerettet werden?**

Hier stimmt offensichtlich etwas nicht. Wir haben ein grundsätzliches Zuwanderungsproblem: **Es kommen zu viele und die Falschen.**

Es braucht eine Korrektur.

**Ich erinnere daran: Es gibt den Volksauftrag von 2014. Die Masseinwanderungs-Initiative.** Eine Mehrheit der Bevölkerung und der Kantone verlangte Höchstzahlen, Kontingente und den Inländervorrang. Nichts davon wurde umgesetzt!

Die Gleichen, die jetzt herumlamentieren, haben diesen Volksauftrag sabotiert und nicht umgesetzt. Sie haben das Gegenteil gemacht: Sie haben alle Schleusen geöffnet und nochmals eine Million Migranten seit 2014 in die Schweiz gelassen.

An den Folgen dieser unkontrollierten Zuwanderung leidet die grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung. Die Menschen finden kaum mehr eine bezahlbare Wohnung, sie ärgern sich im Stau oder in überfüllten Zügen. Sie haben Sorgen: Weil die Schweiz unsicher geworden ist. Weil die Schulen überfordert sind. Weil unsere Kultur und unsere Werte verdrängt werden.

**Wir wollen eine lebenswerte Schweiz.** Wir wollen, dass auch nachfolgende Generationen in Wohlstand, Frieden und in einer schönen Landschaft leben können.

Es geht um eine vernünftige Zuwanderung. **Auch mit Annahme der Initiative könnten immer noch rund 40'000 Fachkräfte und Personen pro Jahr in die Schweiz zuwandern.** Das ist deutlich mehr als die 8'000 Zuwanderer, die uns der Bundesrat vor der EU-Personenfreizügigkeit versprochen hat.

Dass jedes Jahr 100'000 Personen in unser Land gestopft werden, das überfordert unsere Infrastrukturen, unsere Integrationsfähigkeit, unsere Gesellschaft als Ganzes.

Diese masslose Zuwanderung muss gebremst werden. Dafür braucht es am 14. Juni ein JA zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».

## **Damit die Schweiz Schweiz bleibt braucht es am 14. Juni ein JA zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»**

*von Thomas Matter, Nationalrat, Meilen (ZH)*

Sehr geehrte Damen und Herren

**Uns ist die Kontrolle entglitten.** Die Zuwanderung in die Schweiz bewegt sich schon lange im roten Bereich.

Wir alle sehen und spüren die Folgen der massiven Zuwanderung: Wohnungsnot, die Mieten werden immer teurer. Die Zubetonierung der Landschaft. Stau und überfüllte Züge. Steigende Kriminalität. Das Gesundheitswesen ist am Anschlag. In den Schulen sinkt die Bildungsqualität. **Viele fühlen sich zunehmend fremd im eigenen Land.**

Aber es geht nicht nur um Gefühle. Die Zahlen und Fakten sprechen eine eindeutige Sprache:

- Seit Einführung der EU-Personenfreizügigkeit sind netto 1,5 Millionen Zuwanderer in die Schweiz gekommen.
- Die Schweizer Bevölkerung wächst 16x schneller als in Deutschland.
- Der Ausländeranteil beträgt heute 2'414'408 Personen. Das sind 28 % der Bevölkerung.
- Gleichzeitig wurden über 1 Million Ausländer eingebürgert.
- Aktuell kommen pro Jahr über 100'000 Zuwanderer zusätzlich in die Schweiz: aus der EU, aus Drittstaaten **und über die Asyl-Schiene.**
- Ja: Zur Zuwanderungsproblematik gehört auch und insbesondere die Asyl-Migration. Sie wird in den Statistiken meistens unterschlagen und vertuscht.
- Seit dem Jahr 2000 wurden in der Schweiz über 655'000 Asylgesuche gestellt. Über die Asyl-Schiene kommen mehrheitlich junge muslimische Männer: aus Afghanistan, Syrien, Somalia, aus der Türkei usw.
- Wir haben es beim Asyl mit einer gigantischen Zuwanderung in den Schweizer Sozialstaat zu tun. Über 80 Prozent aller Asylanten beziehen Sozialhilfe. Allein beim Bund geben wir 4 Milliarden Franken für das Asyl-Unwesen aus.

Wir müssen diese unkontrollierte, schädliche Zuwanderung wieder in normale Bahnen lenken. Wir brauchen wieder eine vernünftige Zuwanderung. Auch für den Erhalt unserer Natur und Umwelt, für unsere Infrastrukturen:

- Pro Sekunde verschwindet rund ein Quadratmeter Grünfläche. Unsere schöne Schweiz wird zubetoniert.
- Man stopft jedes Jahr die Bevölkerung des Kantons Schaffhausen in die kleine Schweiz. Das sind rund 100'000 Personen.

- **Für 100'000 Zuwanderer braucht es zusätzlich 45'000 Wohnungen.** Es braucht ein Kantonsspital. Es braucht tausende zusätzliche Ärzte und Pflegekräfte. Es braucht eine ganze Kantonsschule – und natürlich Schulhäuser, hunderte Schulklassen und Lehrpersonen. 100'000 zusätzliche Einwohner brauchen unsere Strassen, unsere Züge, Busse, Freizeitanlagen.

Es ist eine Endlos-Spirale. Die Zuwanderung sorgt für noch mehr Zuwanderung.

So kann es nicht weitergehen.

Natürlich gibt es ein paar Profiteure dieser masslosen Zuwanderung. Aber der grosse Teil der Schweizer Bevölkerung hat nichts davon – ausser den Problemen und den Kosten. Das Leben wird teurer, die Löhne steigen kaum noch, das Wirtschaftswachstum pro Kopf stagniert. So nimmt der Wohlstand schleichend ab.

So darf es nicht weitergehen.

### **Was will die Initiative?**

Die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» will eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung statt einer Bevölkerungsexplosion.

Die ständige Wohnbevölkerung darf **10 Millionen bis 2050** nicht überschreiten.

Es geht um eine vernünftige Zuwanderung. **Auch mit Annahme der Initiative könnten immer noch rund 40'000 Fachkräfte und Personen pro Jahr in die Schweiz zuwandern.**

Das sind immer noch 4- bis 5-mal mehr als der Bundesrat bei Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU versprochen: Damals sprachen die Behörden von 8'000 bis maximal 10'000 Zuwanderern pro Jahr.

Es gibt also **keinen** «starren Bevölkerungsdeckel». Das sind bewusste **Fake News der Gegner.**

Für eine massvolle und nachhaltige Zuwanderung braucht es konkrete Massnahmen. Spätestens dann, wenn die ständige Wohnbevölkerung 9,5 Millionen überschreitet, muss der Bundesrat Massnahmen treffen – insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug.

**Asylmigration:** Es kann nicht sein, dass jedes Jahr zehntausende Asylmigranten aus der ganzen Welt in die Schweiz kommen und sich in unserem Sozialstaat breitmachen oder kriminell werden. Dafür wurde das Asylwesen nicht geschaffen.

**Familiennachzug:** Dass Arbeitsmigranten ihre engsten Familienangehörigen mitnehmen wollen, ist klar. Nach gesundem Menschenverstand gehören dazu Ehepartner und minderjährige Kinder. Aber das EU-Recht geht viel weiter: Es dürfen auch erwachsene Kinder, Enkel, Eltern kommen und sogar Grosseltern und Schwiegereltern. Das muss korrigiert werden.

Wir wollen, dass die Schweiz Schweiz bleibt. Dafür müssen wir die Zuwanderung begrenzen. Dafür braucht es am 14. Juni ein JA zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».

## Die Sicherheit der Schweizerinnen und Schweizer ist in Gefahr: Handeln wir, bevor es zu spät ist!

von Céline Amaudruz, Nationalrätin Genf, (GE)

Als Genferin könnte ich mit Ihnen über die Wohnungsnot in Genf sprechen. Wir haben eine Leerwohnungsziffer von 0,34 % im Jahr 2025 – das sind gerade einmal 850 freie Wohnungen bei über 250'000 Einheiten. Die niedrigste Quote der Schweiz. **Viele Genfer sind gezwungen, sich im benachbarten Frankreich niederzulassen.**

Ich könnte auch von den überfüllten Schulen und dem sinkenden Bildungsniveau reden. Übrigens hat Genf gerade ein Verbot durchgesetzt: Schweizer Schüler, die im grenznahen Ausland leben, dürfen nicht im Kanton Genf eingeschult werden. Ich könnte über so viele Dinge sprechen, die **aufgrund der Bevölkerungsexplosion, die die Schweiz erstickt, nicht mehr funktionieren.** Aber ich habe mich entschieden, über die Sicherheit zu sprechen.

Mehr als andere sind **Frauen, Städte und Grenzkantone** – wie Genf und fast alle Westschweizer Kantone – **direkt mit dem Sicherheitschaos konfrontiert.** Während ich mein heutiges Referat vorbereitet habe, habe ich mich mit einem Genfer Polizisten unterhalten, den ich hier Michel nennen werde und der seit über 12 Jahren bei der Kantonspolizei arbeitet. Sein Bericht ist vielsagend!

### «Sie kommen aus Nordafrika oder dem Nahen Osten»

Michel ist seit über zwölf Jahren Polizist. Sein Beruf ist seine Berufung. Er liest keine Statistiken. Er greift jeden Tag vor Ort ein. Was stellt er fest? Die Gewalt nimmt zu, und bestimmte Straftaten wie Körperverletzungen und Sexualdelikte nehmen zu. Bis hierhin ist das, was Michel sieht und erlebt, für jeden in den Polizeistatistiken nachlesbar. Doch Michel führt seinen Bericht fort: «Mindestens 8 von 10 Angreifern sind nicht von hier. Sie kommen aus Nordafrika oder dem Nahen Osten. Aber pssst!»

Ist es möglich, Michels Aussagen zu überprüfen? Leider offiziell nicht, da es **auf Bundesebene keine konsolidierten Daten** gibt, die es erlauben, die Herkunft von Kriminellen und Angreifern festzustellen. Deshalb führt die SVP Schweiz seit drei Jahren eine Kampagne namens «Neue Normalität». Darin werden wöchentlich Verbrechen von ausländischen Kriminellen aufgelistet, über die in den Medien berichtet wird.

Werfen wir einen Blick auf die Verbrechen, die von unserer Kampagne «Neue Normalität» erfasst wurden: Am 6. März wurden ein Marokkaner, ein Tunesier und ein Libyer nach mehreren Diebstählen im Greyerzerland festgenommen. Am 8. März wurden ein Tunesier und ein Marokkaner in Zug auf frischer Tat ertappt. Am 9. März wurden in Freiburg ein Franzose und ein Portugiese nach mehreren Diebstählen festgenommen. Schliesslich griff am 13. März in La Chaux-de-Fonds ein Marokkaner zwei Polizisten an und verletzte sie. **Das sind Beispiele aus zwei Wochen im laufenden Monat März.**

### Frauen passen stillschweigend ihr Verhalten an

Kann man den Schweizern ernsthaft sagen, dass man diese importierte Kriminalität nicht offen ansprechen darf, während sich **die Polizeieinsätze häufen**? Die Gewalttaten schockieren und immer mehr Menschen – vor allem Frauen wie Lisa, eine andere Genferin, die ich getroffen habe – passen ihr Verhalten stillschweigend an und

wagen es nicht einmal, den Grund dafür zu nennen: aus Angst, selbst an den Pranger gestellt zu werden.

Zu diesen Entwicklungen haben sich bisher nur wenige Experten geäußert, und es fehlt an öffentlichen Daten. Doch Professor Frank Urbaniok, ehemaliger Chefarzt der Forensischen Psychiatrie des Kantons Zürich, hat vor kurzem das Buch *Schattenseiten der Migration* veröffentlicht. Was sagt er?

Er zeigt auf der Grundlage von Justizdaten aus der Schweiz, Deutschland und Österreich eine **Überrepräsentation bestimmter Gruppen ausländischer Staatsangehöriger in mehreren Kriminalitätsformen auf, insbesondere bei Gewaltverbrechen**. Diese Gruppen entsprechen den Beobachtungen von Michel, dem Genfer Polizisten, und den Medienberichten, welche die SVP als einzige Partei mit ihrer Kampagne «Neue Normalität» abbildet.

### **Ausländer und Eingebürgerte füllen die Gefängnisse**

Es kommt noch schlimmer: Um seine Untersuchungen zu vertiefen, wollte Professor Urbaniok den Anteil der eingebürgerten Schweizer im Vergleich zu den gebürtigen Schweizern unter den Tätern schwerer Verbrechen ermitteln. Die Überrepräsentation der eingebürgerten Schweizer in den Gefängnissen lag im Jahr 2025 bei 138 % im Vergleich zu den gebürtigen Schweizern. Der Anteil der Eingebürgerten an der Gesamtbevölkerung beträgt gerade einmal 20 %. **Die Überrepräsentation der eingebürgerten Schweizer ist also offensichtlich und kommt zu den rund 70 % Ausländern hinzu, die die Schweizer Gefängnisse füllen.**

Diese Zahlen sind eindeutig. Genau wie jene aus dem Asylbereich! Im Jahr 2023 waren **71 % der Asylsuchenden in der Schweiz Männer**, von denen die überwältigende Mehrheit aus den von Michel genannten Ländern stammt. In den Top Ten der Nationalitäten, deren Bürger in der Schweiz Asyl suchen, finden sich Afghanen, Türken, Eritreer, Algerier, Marokkaner und Tunesier.

**Hören wir auf, uns selbst zu belügen. Die Schweiz hat ein massives Sicherheitsproblem aufgrund ihrer Einwanderung: insbesondere wegen ihrer Asylpolitik und ihrer Einbürgerungspraxis!** Frauen, Städte und Grenzkantone sind die Hauptleidtragenden dieses immensen Problems.

### **Kontrollierte Zuwanderung für mehr Sicherheit**

Was soll Lisa tun? Weiterhin schweigend die Augen senken, ohne es jemals zu wagen, die Realität auszusprechen? Was soll Michel sagen? Weiterhin vergeblich versuchen, einen Anschein von Sicherheit aufrechtzuerhalten, ohne jemals die Wahrheit zu sagen, aus Angst vor einer Entlassung? Tatsächlich richten nicht nur Lisa und Michel ihren Blick auf die politischen Verantwortlichen. Es sind auch Claire, Adrien und Jacques. Florence, Mathilde und Nicolas. **Es sind die Schweizerinnen und Schweizer, die sehen, dass die Sicherheit jeden Tag ein Stück mehr gefährdet ist.**

Dank unserer Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» geben wir unserem Land die Mittel an die Hand, um die Masseneinwanderung zu bremsen und dem Asylmissbrauch ein Ende zu setzen. Damit wir Schweizerinnen und Schweizer uns wieder sicher fühlen können im eigenen Land.

## Die Schweizer Bevölkerung hat die Nase voll von der masslosen Zuwanderung – deshalb braucht es am 14. Juni ein JA zur Nachhaltigkeits-Initiative!

von Sandra Sollberger, Unternehmerin und Nationalrätin, Liestal (BL)

«**Wo leben wir eigentlich?» Diese Frage höre ich überall.** In der Mittagspause in unserem Betrieb genauso wie in Gesprächen im ganzen Land. Und es sind nicht einfach nur SVPlar, die das sagen. Es sind Unternehmer und Gewerbler, Senioren und Jugendliche, Familien, Männer und Frauen aus allen Schichten. Viele Menschen fühlen sich in unserem Land nicht mehr wohl, nicht mehr sicher. Sie haben genug von importierter Kriminalität, von Einbrechern, Drogendealern und von Asylschmarotzern, die aggressiv auftreten und unsere Regeln missachten. Viele sagen auch ganz offen: Wir fühlen uns im eigenen Land zunehmend fremd. Und sie fragen zu Recht: **«Wann sagen wir endlich Stopp zu dieser unkontrollierten Zuwanderung?»**

Ja, wo leben wir eigentlich? Die Vorfälle der letzten Zeit sind erschütternd: In Olten wurde ein Mann von einem Bulgaren vor einen einfahrenden Zug gestossen, in Zürich stiess ein Eritreer eine Frau auf die Geleise. Inzwischen sieht sich die Polizei sogar veranlasst, die Bevölkerung öffentlich vor solchen Taten zu warnen. Doch es geht nicht nur um diese besonders drastischen Fälle. Es geht um eine allgemeine **Zunahme von Kriminalität und Gewalt**, die häufig von jungen Männern mit Migrationshintergrund aus bestimmten Kulturkreisen ausgeht. Es geht ebenso um eine **wachsende Respektlosigkeit** gegenüber unserem Staat, unseren Gesetzen, unserer direkten Demokratie, unserer Kultur und unseren Werten. Das nehme ich persönlich wahr – und viele Menschen im Land nehmen es genauso wahr.

Ich wurde bereits mehrfach darauf angesprochen, wie absurd es eigentlich ist, dass man in der Schweiz heute mit grossen und kostspieligen Plakaten vor Diebstahl warnen muss. Das ist nicht normal. Natürlich war früher nicht alles besser – aber solche Warnkampagnen waren kaum notwendig. Heute sind sie es. Diese Entwicklung ist das Resultat der **verantwortungslosen, weil masslosen, Zuwanderungspolitik** der letzten 25 Jahre. Die Statistiken sprechen eine klare Sprache: Die Ausländerkriminalität hat massiv zugenommen. Besonders auffällig ist dabei die Übervertretung von Tätern aus bestimmten Herkunftsnationen, namentlich aus nordafrikanischen Staaten sowie aus weiteren muslimisch geprägten Ländern wie Somalia.

**Und wie reagieren die anderen Parteien? Sie fördern die Zuwanderung weiter und blenden die negativen Folgen weitgehend aus.** Gleichzeitig zeigt sich, dass unser System anfällig ist für Missbrauch – insbesondere im Bereich der Sozialleistungen. Wenn Regeln nicht konsequent durchgesetzt werden, leidet das Vertrauen in den Rechtsstaat. Genau hier braucht es eine klare Kurskorrektur.

Die Schweizer Bevölkerung hat genug vom Schönreden der Zuwanderungsprobleme. Die Sorgen der Menschen sind real – und wir nehmen sie ernst. Mit unserer Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» legen wir eine klare Antwort vor: **Die Schweiz muss die Kontrolle über die Zuwanderung zurückgewinnen und wieder selber bestimmen, wer in unser Land kommt.** Dazu gehört auch, den Familiennachzug insbesondere im Asylbereich gezielt einzuschränken. So übernehmen wir Verantwortung – für die Sicherheit unseres Landes und für die Zukunft unserer Bevölkerung.

Es geht nicht nur um Sicherheit und Kriminalität. Die masslose Zuwanderung belastet unseren Alltag ganz direkt – jeden Tag, überall im Land. Auf dem Arbeitsweg, beim Einkaufen, beim Familienausflug: **Unsere Strassen sind verstopft, unsere Züge überfüllt.** Gerade wir Gewerbler wissen, was das bedeutet. Wir stehen im Stau, anstatt beim Kunden zu arbeiten. 2024 wurde auf den Schweizer Nationalstrassen mit rund **55'569 Staustunden** ein neuer Rekord erreicht. Das kostet die Schweiz Jahr für Jahr Milliarden. Und auch für Pendler wird der Alltag zur Zumutung: Entweder man steht in überfüllten Zügen, oder man bezahlt für ein 1.-Klasse-Billet, was sich viele gar nicht leisten können.

Hinzu kommt: Unsere Natur wird zunehmend zubetoniert. Viele Menschen können in ihrer eigenen Gemeinde beobachten, wie **grüne Wiesen verschwinden** und durch Überbauungen ersetzt werden, um Wohnraum und Infrastruktur für die stetig wachsende Bevölkerung zu schaffen. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Jahr für Jahr gehen **täglich rund acht Fussballfelder Grünfläche verloren.** Zwischen 2009 und 2018 ist die Siedlungsfläche um rund 180 Quadratkilometer gewachsen – mehr als die doppelte Fläche des Zürichsees. Diese Entwicklung geht zulasten unserer Lebensqualität und gefährdet langfristig auch unsere Ernährungssicherheit.

Die Liste der negativen Folgen der masslosen Zuwanderung liesse sich noch lange fortsetzen. Für mich ist klar: So kann es nicht weitergehen. **Die Schweiz muss** die Kontrolle über die Zuwanderung endlich wieder zurückgewinnen und **eigenständig steuern, wer in unser Land kommt. Genau dazu verpflichtet die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» die Politik.** Deshalb braucht es am 14. Juni ein klares JA zu dieser Volksinitiative.

## Die Nachhaltigkeits-Initiative steht nicht für Abschottung, sondern für Verantwortung für unsere Heimat

von Marco Chiesa, Ständerat, Lugano (TI)

Geschätzte Medienschaffende

Wir Tessiner kennen die Folgen einer unkontrollierten Zuwanderung und des Asylchaos seit langem. Für uns ist das keine Theorie. Keine akademische Debatte. Es ist gelebte Realität.

Was heute viele Kantone erst zu spüren beginnen, erleben wir im Tessin seit Jahren. Wir haben gesehen, was passiert, wenn der Zuwanderungsdruck die Aufnahmefähigkeit einer Region übersteigt. Wir haben gesehen, was geschieht, wenn die Personenfreizügigkeit aufhört, ein Gewinn zu sein und zu einem Verlustgeschäft für die Bevölkerung wird. Wir haben gesehen, was es bedeutet, in einer Region zu leben, in der die Zunahme von Grenzgängern und importierter Arbeitskraft nicht Stabilität bringt, sondern Unsicherheit. Nachfolgend die wichtigsten negativen Folgen der masslosen Zuwanderung.

### Die erste Folge: Lohndumping

Im Tessin hat die massive Zunahme des Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt dazu geführt, dass die Löhne dauerhaft nach unten gedrückt werden. Das ist der zentrale Punkt. Wenn Arbeit jenseits der Grenze billiger ist und Unternehmen mit der Personenfreizügigkeit ohne Einschränkung auf ein riesiges externes Arbeitskräftepotenzial zugreifen können, verliert der einheimische Arbeitnehmer an Verhandlungsmacht – insbesondere der Mittelstand. Und wenn er Verhandlungsmacht verliert, verliert er Lohn. Wenn er Lohn verliert, verliert er Würde. Wenn er Würde verliert, verliert er das Vertrauen in den Staat. Und das ist kein Zufall. Es ist das Ergebnis politischer Entscheidungen, die den Markt geöffnet haben, ohne diejenigen zu schützen, die hier leben. Das ist die Wahrheit, die zu lange ignoriert wurde.

In diesem Umfeld sind die jungen Tessiner am stärksten betroffen. Für sie ist der Einstieg ins Berufsleben schwieriger geworden. Eine feste Stelle zu finden, ist schwieriger geworden. Sich eine Zukunft aufzubauen, ist schwieriger geworden. Gemäss der Statistik des internationalen Arbeitsamtes ILO sind **rund 13 % der jungen Tessinerinnen und Tessiner** im Alter von 15 bis 24 Jahren ohne Arbeit und auf Stellensuche. Sie wären unsere Fachkräfte von morgen, die heute von billigen Arbeitskräften aus dem Ausland verdrängt werden. Für viele junge Menschen ist das Gefühl bitter: Man lernt, man engagiert sich, man qualifiziert sich – und stellt dann fest, dass der eigene Kanton weniger Perspektiven bietet als noch für die Generation davor. Jedes Jahr suchen rund 800 junge Tessiner ihr Glück in der Deutschschweiz. Und das ist für einen Kanton wie unseren ein Alarmsignal. Eine Gesellschaft, die ihren Jungen keinen fairen Zugang zum Arbeitsmarkt mehr bieten kann, beginnt zu bröckeln.

### Die zweite Folge: Verkehrsüberlastung

Auch hier sprechen wir nicht von einzelnen Eindrücken, sondern vom Alltag für uns Tessiner. Überlastete Strassen, längere Fahrzeiten, eine sinkende Lebensqualität. Der Druck durch Grenzgänger und die zunehmende Mobilität haben den Verkehr zu einer dauerhaften Belastung für Bürger und Unternehmen gemacht. Sie verlieren Zeit und Lebensqualität. Und das ist kein Fortschritt.

Ein verantwortungsvoller Staat misst seinen Erfolg nicht nur an der Zahl der Menschen, die kommen. Sondern daran, ob seine Infrastruktur Schritt halten kann. Deshalb ist das Ziel der Nachhaltigkeits-Initiative einfach: Sie setzt eine Grenze und verpflichtet den Staat zu handeln – zum Schutz von Infrastruktur, Gesundheitssystem und Lebensqualität.

### **Die dritte Folge: Kaufkraftverlust**

Ein Problem kommt nie allein. Wenn die Löhne unter Druck geraten, wenn Wohnraum teurer wird, wenn der Verkehr überlastet und die Schulen, Spitäler etc. überfordert sind, dann bleibt für den Durchschnittsbürger weniger übrig – weniger Sicherheit, weniger Spielraum, weniger Perspektiven.

Das muss man ihm nicht extra erklären. Er sieht es am Monatsende in seinem Portemonnaie. Und wenn eine wachsende Zahl von Menschen viel arbeitet und immer weniger davon hat, dann hat die Politik die Pflicht zu handeln.

### **Die vierte Folge: steigende Kriminalität – auch im Asylbereich**

Auch hier braucht es Klartext. Wenn ein System die Kontrolle verliert, wächst die Unsicherheit. Wenn Verfahren zu langsam sind oder missbraucht werden, tragen die Bürger die Konsequenzen. Und das erste Opfer ist immer der ehrliche Bürger.

Das Tessin kennt dieses Problem seit langem. Und heute zeigt es sich immer deutlicher auch im Rest der Schweiz. Die importierte Kriminalität hat massiv zugenommen. Es vergeht kaum ein Tag ohne Gewalt, Einbrüche, Diebstähle, sexuelle Belästigung und Vergewaltigungen.

### **Deshalb ist unsere Botschaft klar.**

Wir sind nicht gegen Zuwanderer. Wir sind für die Schweiz.

Für ein nachhaltiges Wachstum.

Für einen Arbeitsmarkt, der die hier lebenden Menschen schützt.

Für Schweizer Löhne.

Für Sicherheit und Ordnung.

Zuwanderung ist wie Wasser: Wenn man sie steuert, bewässert sie den Garten; wenn sie unkontrolliert kommt, wird sie zur zerstörerischen Flut.

**Dem Tessin steht das Wasser bereits bis zum Hals.** Jetzt beginnt der Rest der Schweiz zu verstehen, was wir seit Jahren sagen: Ohne Grenzen, ohne Kontrolle, ohne politischen Willen gibt es keine Offenheit. Es gibt nur Orientierungslosigkeit.

### **Deshalb ist diese Initiative notwendig.**

Um die Arbeitsplätze der Einheimischen zu schützen.

Um die Löhne des Mittelstands zu schützen.

Um die Lebensqualität zu schützen.

Um die Schweiz zu schützen.

Denn unsere Grenzen zu verteidigen ist keine Abschottung.

Es ist Verantwortung.

Und ohne Verantwortung verliert eine Nation sich selbst.